[illegible]

Bethmann-Hollweg über den Durchmarsch durch Belgien. In dem gestern erschienenen ersten Bande seiner Betrachtungen zum Weltkriege schreibt Herr von Bethmann-Hollweg über den Durchmarsch durch Belgien: Unsere Militärs hätten nach meiner Kenntnis seit langem nur einen Kriegsplan basiert auf die unerläßliche und ungewogene Voraussetzung, daß im Krieg für Deutschland nur der Zweifrontenkrieg sein werde. Der Kriegsplan war, schnellste Offensive im Westen, während ihrer ersten Dauer Defensivstellung der deutschen Truppen im Osten und erst nach dem erhofften Gelingen der Westoffensive Angriffe größeren Stils im Osten. Nur solche Strategie schien die Möglichkeit zu bieten, der feindlichen Uebermacht Herr zu werden. Zum Glücken der Westoffensive aber gehörte nach militärischem Urteil zwingend der Durchmarsch durch Belgien. Politische und militärische Interessen stießen hier hart aufeinander. Das Unrecht gegen Belgien lag auf der Hand. Die allgemeinen politischen Folgen des Unrechts waren selbstverständlich groß. Der Chef des Generalstabs General von Moltke verschloß sich diesem Gedanken keineswegs, erklärte aber den militärischen Zwang für absolut. Ich habe meine Ansicht der seinigen anpassen müssen. Für jeden auch nur einigermaßen nüchternen Beurteiler lagen die ungeheuren Gefahren des Zweifrontenkrieges so nackt zu Tage, daß es eine untragbare Verantwortung gewesen wäre, von gutter Stellung aus einem nach allen Richtungen durchdachten und als zwingend bezeichneten militärischen Plan durchkreuzen zu wollen, dessen Vereitelung danach als alleinige Ursache eines eintretenden Mißerfolges gegolten hätte. Das Ultimatum an Belgien ist die politische Ausführung eines militärisch als notwendig erkannten Entschlusses gewesen. An den Worten, mit denen ich am 4. August 1914 unser Unrecht zugab, aber zugleich unseren Notstand als unentrinnbaren und das Unrecht sühnenden Zwang bezeichnete, halte ich auch heute fest. Unseren Notstand leugnen kann nur, wer die Augen vor den militärischen Tatsachen böswillig verschließt. Unser Unrecht in Abrede zu stellen, fehlt es noch heute an schlüssigen Unterlagen. Daß wir uns auf die absoluten Festungsverträge hätten stützen können, ist eine Ansicht, die keiner näheren Prüfung standhält. Eine diplomatische Finte wäre es gewesen, die nicht den Tag überdauert hätte. Neutralitätswidrige Akte Belgiens aber waren uns am 4. August nicht bekannt. Die Dokumente, wonach belgische und englische Militärs im Jahre 1906 über die militärische Benutzung Belgiens verhandelt haben, sind erst während des Krieges aufgefunden worden. Aber selbst, gesetzt der Fall, wir wäre der Inhalt dieser Dokumente bei Kriegsausbruch bekannt gewesen, glaubt irgend jemand, daß auf ihren Verhalt Belgien uns den Durchmarsch gestattet haben würde oder gar, daß sich nun die Welt überzeugt hätte, wir besäßen das Recht, durch Belgien zu marschieren? Gewiß sind die Dokumente für Belgien kompromittierend. Aber selbst wenn sie noch viel kompromittierender wären, als sie tatsächlich sind, hätten sie uns nur davon entbunden, die Neutralitätsgarantie von 1839 zu respektieren. Zum Einmarsch in Belgien blieben wir nach wie vor unberechtigt, mußten vielmehr, wenn Belgien sich unserem Verlangen nicht fügte, genau wie jetzt, Zwang anwenden, d. h. Belgien den Krieg machen. Aber wie gesagt, diese Voraussetzung trat nicht zu. Wie gering übrigens die Ueberzeugungskraft der Dokumente war, ist praktisch erprobt worden. Wir haben die Schriftstücke veröffentlicht, sobald wir sie in Brüssel fanden. Ich habe aber nicht beobachten können, daß die feindliche Propaganda einen nennenswerten Schaden davon gehabt hätte. Die unermeßlichen Nachteile, die ich durch meine am 4. Aug. übrigens von keiner Seite angefochtenen Worte Deutschland zugefügt haben soll, bestehen, wie mir scheint, nur in der Vorstellung derer, die darin ein Kampfmittel gegen mich gesehen haben. Sodann aber weist Herr von Bethmann-Hollweg sehr eingehend, und zwar ausschließlich aus den Aeußerungen englischer Staatsmänner nach, daß die Frage Belgiens bei der englischen Kriegsentscheidung eine maßgebende Rolle nicht gespielt hat.

Tschechoslowakei.

Das Standrecht. Laut Amtsblatt ist das Standrecht für Verbrechen gegen die Sicherheit des Staates verhängt und die Vorzensur über die Blätter eingeführt worden.

England.

Indiens Elend. In einer Unterredung mit einem Vertreter des „Daily Herald" sagte Mistrß. Ujant, die eben aus Indien zurückgekehrt ist, Indien wünsche Selbstregierung, ohne die es zugrundegehen würde. Etwa die Hälfte der Bevölkerung Indiens bekomme nur eine Mahlzeit für den Tag, und diese sei unzureichend. Das durchschnittliche Lebensalter in Indien sei 23 Jahre gegen 40 Jahre in England und 50 in Neuseeland. Die wirkliche Gefahr sei eine Hungerrevolution, die einmal begonnen, nicht aufzuhalten wäre.

Rußland.

Kriegszustand an der finnischen Ostgrenze. An der finnischen Ostgrenze besteht, wie aus Helsingfors über Kopenhagen gemeldet wird, tatsächlich Kriegszustand zwischen Rußland und Finnland. Die Bolschewisten graben bereits Schützengräben und fallen bandenweise in Finnland ein.

Amerika.

Tagung des Arbeiterverbandes. Nach einer Reutermeldung aus Atlantic-City hat dort am Montag die Eröffnungssitzung der jährlichen Konvention des amerikanischen Arbeiterverbandes stattgefunden. Gompers hielt eine Rede, in der er erklärte, daß die Arbeiter keinerlei Zwangsgesetze weder politischer noch industrieller Art dulden würden. Die Männer, die in dem Kriege große Opfer gebracht hätten, wünschten nicht, daß die Grundsätze der Ideale, für die sie kämpften, aus den Augen verloren würden. Vom Präsidenten Wilson ist ein Begrüßungstelegramm eingetroffen.

Die Bombenanschläge. Die englischen Blätter vom 10. d. M. veröffentlichen eine Reutermeldung aus Charleston in Virginia, daß sich bei der Untersuchung der wiederholten Bombenzerstörung ergeben habe, daß über 150 Städte in Mittelstaaten von den Attentaten durch Bombenanschläge in Aussicht genommen waren.

Grüße. Bestellungen auf das Riesaer Tageblatt — monatlich 1.40 ℳ frei Haus — nimmt jederzeit entgegen Frau R. verw. Riedel, Gröba, Röderstraße 3.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 12. Juni 1919.

[illegible]

Der sozialdemokratische Parteitag gegen den Gewaltfrieden.

X **Weimar.** Der Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat gestern folgende Resolution zur auswärtigen Politik einstimmig angenommen: Der Parteitag spricht seine Entrüstung über die Zumutung der Entente aus, dem deutschen Volke einen Gewaltfrieden aufzuzwingen, der die wirtschaftliche und kulturelle Entwickelung des deutschen Volkes unterbindet und ein politisches Dasein Deutschland unmöglich macht. Diese Friedensbedingungen erklärt der Parteitag für unvereinbar mit den Grundlagen der Wilsonschen Friedensbedingungen. Sie sind ebenso unvereinbar mit den Richtlinien der internationalen Beschlüsse der Konferenzen in Bern und Amsterdam. Insbesondere stellt er sich rückhaltlos auf den Boden der Beschlüsse der internationalen Sozialistenkonferenz, die im Februar in Bern getagt hat. Er begrüßt diese Tagung und den Geist, der sie beseelt hat, als ein hocherfreuliches Zeichen der Wiederanknüpfung der durch den Krieg zerrissenen internationalen Beziehungen der Parteien des sozialistischen Proletariats und der Ermöglichung gemeinsamer Aktionen der sozialistischen Parteien für die großen Interessen des Völkerfriedens und des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse. Inbezug auf die allgemeinen Ursachen des Weltkrieges haben die Sozialisten der Länder der sogenannten Entente schon im Jahre 1915 folgende Erklärung vereinbart, der sich der Parteitag gern anschließt: Die Konferenz denkt nicht daran, die allgemeinen und tiefen Ursachen des europäischen Konfliktes zu verkennen, der das ungeheuerliche Produkt ist der Gegensätze, welche die kapitalistische Gesellschaft zerreißen, sowie der aggressiven, kolonialen und imperialistischen Politik, die der internationale Sozialismus nie unterließ, zu bekämpfen, und an der alle Regierungen ihr Teil der Verantwortlichkeit haben. Aber der Einfall der deutschen Armeen in Belgien und Frankreich bedroht die Existenz der Nationen und untergräbt den Glauben an Verträge. In bezug auf die Feststellung der persönlichen Verantwortung für den Ausbruch des Krieges und die Art der Kriegführung fordert der Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands von der Regierung ein rücksichtsloses Vorgehen. Der Parteitag drückt die bestimmte Erwartung aus, daß Deutschlands Erklärung, die Bedingungen des Bundes zu unterzeichnen, für vollwertig angenommen, die deutsche Republik gleichzeitig mit den übrigen Nationen als gleichberechtigtes Mitglied in den Bund aufgenommen und bei der Feststellung der Grenzen das Selbstbestimmungsrecht der Einwohner gewahrt wird. Die deutsche Sozialdemokratie ruft die Internationale zum Protest auf gegen den unerhörten Gewaltfrieden der modernen Geschichte. — Zu dieser Resolution wurden noch einige Zusätze angenommen, welche folgenden Inhalt haben: Die Kriegsschäden der Hungerblockade müssen angerechnet werden. Deutschland ist bereit, die Schuldfrage international klären zu lassen, es lehnt aber ab, Deutsche vor ein ausländisches Gericht zu stellen. Deutschland protestiert gegen jede Einsetzung einer fremden Herrschaft, wie sie aus der Tätigkeit der internationalen Kontrollkommission erwachsen könnte. Deutschland protestiert gegen jede Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechtes im Osten, Westen und Norden.

Die Unterredungen im Ebenhotel.

* **Berlin.** Zu den Enthüllungen Noskes über die Versuche der Unabhängigen, sich bei einem etwaigen Regierungswechsel die Hilfe der „Noskegarde" zu sichern, gibt die Freiheit eine ziemlich gewundene redaktionelle Erklärung ab. Sie bestreitet die Tatsache an sich nicht, behauptet aber, die Partei der U. S. P. D. als solche habe natürlich mit der ganzen Geschichte, die sie eine bedauerliche Extravagenz nennt, nicht das geringste zu schaffen. Emil Barth selber erklärt dazu folgendes:

1. sind meine zwei Unterredungen mit Offizieren der Garde-Kavallerie-Schützen-Division ohne Wissen und Betragen der zentralen und örtlichen Parteileitung erfolgt, 2. war ich von der Nichtvertraulichkeit und der Weiterberichtung dieser Unterredungen an Herrn Noske von vornherein überzeugt, 3. ist in den Unterredungen weder über den Sturz der Regierung, also auch noch viel weniger über eine Uebernahme derselben durch uns gesprochen worden. 4. Ueber die Motive, die mich veranlaßten, an diesen Unterredungen teilzunehmen, lehne ich vorläufig ab, mich zu äußern.

Noch keine Einigung über die Unterzeichnungsfrage.

* **Berlin.** Obwohl die Antwort der Entente von den hiesigen zuständigen Stellen schon heute oder morgen erwartet wird, weiß man in maßgebenden Kreisen immer noch nichts Gewisses über ihren voraussichtlichen Inhalt. Die Reichsregierung hat in vielen Sitzungen darüber beraten, in welchem Falle die Ententeantwort anzunehmen oder abzulehnen ist. Eine Einigung ist in dieser Frage bis jetzt noch nicht erzielt worden, da innerhalb der Reichsregierung noch Meinungsverschiedenheiten bestehen sollen. Die [illegible] Reichsregierung wird in jedem Falle auch weiter bemüht sein, zu dem von ihr verlangten endgültigen Verständigungen mit der Entente zu kommen, besonders, weil sie auf dem Standpunkt steht, daß dadurch eine schnellere Milderung der Friedensfrage herbeigeführt werden kann.

Die norwegische Heringsverschiffung an Deutschland.

* **Christiania.** Die für Deutschland bestimmten Heringsverschiffungen aus den Städten West-Norwegens sind in vollem Gange. In den Hafenstädten wird eine Menge von Schiffen bereits beladen, während die Verladung bei anderen in kurzer Zeit vorgenommen werden soll. Die ersten Sendungen werden nach Hamburg gehen. Verladung werden die norwegischen Schiffe keine Rückfracht von Deutschland mitnehmen.

Ende des Neapeler Generalstreiks.

* **Amsterdam.** Reuter meldet aus Neapel: Die Versammlung der Arbeitervereinigungen beschloß, den Generalstreik in Neapel aufzuheben.

Die Streiklage in Winnipeg.

* **Amsterdam.** Wie der „Times" aus Winnipeg gemeldet wird, erließ das Streikkomitee einen Aufruf an die Ausständigen, worin diese ermahnt werden, sich ruhig zu verhalten. 2000 Polizisten, die sich geweigert haben, ein öffentliches Versprechen zu unterzeichnen, in keinen Sympathiestreik einzutreten, wurden entlassen und ersetzt. An die Straßenbahner ist der Befehl ergangen, den Dienst wieder aufzunehmen, widrigenfalls die Stadt selbst die Straßenbahn unter militärischem Schutz fahren lassen wird. Die Geschäftsleute weigern sich, den Ausständigen Waren zu verkaufen, wenn sie nicht bar bezahlen, so daß diejenigen, die hierzu nicht imstande sind, keine Lebensmittel erhalten können. Berittene Polizei patrouilliert in den Straßen von Winnipeg.

Ein französisch-amerikanischer Zwischenfall.

* **Genf.** Nach Pariser Meldungen hat ein neuer Zwischenfall die wegen der französischen Zensurschikanen ohnehin gereizte Stimmung der amerikanischen Presseleiter gegen die französische Regierung noch weiter verschärft. Anläßlich der Streikunruhen hat die Pariser Sicherheitspolizei einen amerikanischen Journalisten Robert Minor verhaftet, der erst vor einigen Tagen aus Moskau nach Paris gekommen war. Minor wird beschuldigt, in einer Versammlung den Streikenden geraten zu haben, sich zum Sturz der Regierung zu bewaffnen. Die Vereinigung amerikanischer Journalisten in Paris ist sowohl bei der französischen Regierung, wie beim amerikanischen Botschafter wegen der Freilassung Minors vorstellig geworden.

Die Pläne des Marschalls Foch.

* **Basel.** Die englische Wochenschrift „Outlook" schreibt: Wir vernehmen, daß alle Vorbereitungen gemacht worden sind, um die weitere Invasion Deutschlands vorzunehmen, wenn der Friedensvertrag bis Ende Juni nicht unterzeichnet ist. Die Pläne des Marschalls Foch gehen dahin, daß die amerikanische Armee von Koblenz nach Wetzlar, die zehnte französische Armee von Mainz nach Hanau, die achte französische Armee von Mannheim nach Würzburg, während die englische und belgische Armee in der Richtung Minden nach Norden marschieren soll.

Rücktrittsgerüchte über Clemenceau.

* **Wien.** Der „Abend" berichtet aus Paris: Briand hat alle Vorbereitungen für die Kabinettsbildung vollendet. Ein wichtiges Portefeuille ist dem Deputierten Honnaffy vorbehalten, dem mehrere oppositionelle Blätter zur Verfügung stehen. Briand beabsichtigt eine vollständige Wiederherstellung der Parlamentskontrolle in der Friedenssache. Der Rücktritt des Kabinetts Clemenceau wäre bereits erfolgt, wenn für Clemenceau ein ehrenvoller Abgang gefunden worden wäre. Wahrscheinlich fürchtet man aber, daß Frankreich England gegenüber durch den Rücktritt Clemenceaus eine Einbuße erleiden würde. Als Mitglied des Kabinetts Briand werden genannt: Millerand und Leon Bourgeois, sowie Mitglieder anderer Parteigruppen.

Fahrplan der Sächs.-Böhm. Dampfschiffahrt.

Gültig vom 29. Mai bis voraussichtlich 31. August 1919.

Ab Mühlberg	—	6.30	—	—
„ Kreinitz	—	7.20	—	—
„ Strehla	—	7.40	12.10	4.00*
„ Gohlis-Eschepa	—	8.00	12.30	4.20*
in Riesa	—	8.35	1.00	4.55*
ab Riesa	7.15	10.45	1.35	5.15
„ „ Stadtpark	7.20	10.50	1.40	5.20
„ Münchritz	7.50	11.20	2.10	5.50
„ Zoritz-Rosenmühle	8.00	11.30	2.20	6.00
„ Merschwitz	8.15	11.45	2.35	6.15
„ Hirschstein	8.20	11.50	2.40	6.20
„ Niederlommatzsch	8.30	12.00	2.50	6.30
„ Diesbar	8.40	12.10	3.00	6.40
in Meißen	10.00	1.30	4.20	8.00
in Dresden	12.55	4.25	7.10	—
Ab Dresden	7.35	11.00	2.15	5.00
„ Meißen	9.35	1.15	4.15	7.05
„ Diesbar	10.15	1.55	4.55	7.45
„ Niederlommatzsch	10.25	2.05	5.05	7.55
„ Hirschstein	10.30	2.10	5.10	8.00
„ Merschwitz	10.35	2.15	5.15	8.05
„ Zoritz-Rosenmühle	10.40	2.20	5.20	8.10
„ Münchritz	10.50	2.30	5.30	8.20
„ Riesa Stadtpark	11.15	2.55	5.55	8.45
in Riesa	11.20	3.00	6.00	8.50
ab Riesa	11.30	3.15*	6.15	—
„ Gohlis-Eschepa	11.45	3.30*	6.30	—
„ Strehla	12.00	3.45*	6.45	—
„ Kreinitz	—	—	6.55	—
in Mühlberg	—	—	7.30	—

* Nur Sonn- und Festtags.

Moritz, Gröbel, Münchritz :: :: Langenberg, Glaubitz-Sageritz.

Allen Postbeziehern des Riesaer Tageblattes in vorstehend genannten Orten zur gefälligen Kenntnisnahme, daß ab 1. Juli 1919, wie bereits früher, die Zeitung wieder durch

besonderen Boten

zugestellt werden wird. — Meldungen über gewünschte Zubringung durch besonderen Boten wolle man sofort abgeben bei

Frau Marie Herrmann

Nr. 20 b in Röderitz, Bez. Dresden.